

EINGEGANGEN AM 20. AUG. 2012

Herr Bodo Berwald

cc.
Mitglieder der VV der
Konsumgenossenschaft Berlin e.G.

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum

17.08.2012

„ ... Zum Lagebericht 2011 der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eG ... “

Sehr geehrter Herr Berwald,

seit meiner Mitgliedschaft in der Vertreterversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin, erreichen mich regelmäßig traktierende Schriftsätze aus Ihrer Feder. Offensichtlich sind die an Sie mehrfach gerichteten mahnenden Worte anderer Vertreter aus der Versammlung, dies zu unterlassen, erfolglos geblieben.

Wenn ich (sowie der bereits diese Woche dazu gezwungene Vorstand) heute Zeit investiere, die gleiche Kommunikationsebene zu nutzen wie Sie, so liegt dies nur darin begründet, dass externe Beobachter, nicht der Eindruck haben sollen, Sie sprächen für eine maßgebliche Größe in der Vertreterversammlung. Darüber hinaus habe ich nicht den Anspruch zu glauben, dass sich Ihr Denken und Handeln durch meine bescheidenen Gedanken tatsächlich ändern wird.

Es ist mir leider bis heute nicht gelungen, aus den vielen Seiten Ihrer diversen Niederschriften eine Frage direkt beantworten zu können, worum geht es Ihnen tatsächlich? Sie vermitteln den Eindruck, dass Ihr mächtigstes Instrument im Tagesgeschäft das **in Wort gemeißelte Gedankengut** ist. Deren wohlwollende Gestaltung Ihnen offensichtlich auch ohne deren inhaltlich Determination Freude bereitet.

Es ist davon auszugehen, dass Ihre intellektuellen Zugangsvoraussetzungen durch Ihr direktes Umfeld und durch sich selbst, als hoch eingeschätzt werden. Daraus darf man ableiten, dass das offen lassen Ihrer eigentlichen Motivation durchaus beabsichtigt ist.

Hier sei erwähnt, dass auch wenn Sie es nicht aussprechen, eines deutlich wird, Sie sehen sich als bei weitem kompetenter an und der Grundproblematik der Konsumgenossenschaft Berlin näher, als alle anderen handelnden Personen vom Vorstand, über den Aufsichtsrat, bis hin in das Kollegium der Genossenschaffer in der Vertreterversammlung.

Zu einigen Gedanken, die sich durch den Konsum Ihrer Aufsätze ergeben:

„ ... Das Insolvenzverfahren wurde 2003 eröffnet und 2007 beendet. Durch den Insolvenzplan wurde alle Geschäftsanteile der ca. 300.000 Mitglieder in Höhe von 56,9 Mio €. gegen die Verbindlichkeiten von 96,8 Mio. € verrechnet. Zigtausende Mitglieder verloren das für ihre Altersvorsorge vorgesehene Geld. Ein Strafverfahren gegen Verantwortliche, darunter ein ehemaliges Vorstandsmitglied, ist beim Landgericht Berlin anhängig. ... „

B. Berwald, 02. August, Anschreiben an alle Vertreter der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung e.G.

Es sind Personen wie Sie, die mit Ihren Worten Menschen in Bewegung setzten, ohne dass die Massen anschließend genau wissen, geht es um ihre eigenen Interessen, oder die der Anderen.

Zu den Fakten: Als Volljurist sind Sie sicher im Stande, die von Ihnen bezeichneten „Geschäftsanteile“ von Genossenschaftsanteilen zu unterscheiden, deren inhaltliche Differenzierung für den Eigentümer enorme Auswirkungen hat. Sie kennen den Unterschied, stellen dies offenkundig in Ihrem Schreiben nicht klar. Warum nicht?

Die Verwendung einer Begrifflichkeit wie „Zigtausende Mitglieder“, wider besseren Wissen um die konkreten Zahlen, dient Ihnen ausschließlich dazu, Ihr Anliegen rhetorisch zu erhöhen. Sie als langjähriger Genossenschafter sollten nicht einerseits mit Zahlen, und andererseits mit Behauptungen agieren. Das ist ausschließlich ein Manipulationsversuch und entspricht keinen genossenschaftlichen Wertemaßstäben.

Genossenschaftsanteile gleichzusetzen mit Altersabsicherung, ist reine Polemik und schlichtweg unwahr. Als Genossenschafter sind sie Eigentümer an Risikokapital mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten eines Genossenschafters, inkl. eines Rangrücktrittes im Bedarfsfall. Ebenso ist eine Genossenschaft keine Demokratie oder eine mikroökonomische Insel von glückseeligen Sozialromantikern in einem Umfeld rücksichtsloser Ausbeutung. Demokratie und Genossenschaft haben eine gemeinsame Schnittstelle dort, wo es um Mitbestimmung und Ergebnisverwendung geht.

Wer Genossenschaftsanteile mit Sozialabsicherung im Alter gleichsetzt, der handelt schlichtweg unverantwortlich! Letztlich ist eine Genossenschaft im wahrsten Sinne eine Zweckgemeinschaft und keine politische Union. Es ist deren Schicksal, bei Gnade des eigenen Untergangs, aus Geld mehr Geld machen zu müssen. Verbunden ist dies mit einer gegenseitigen Vorteilsgewährung und das alles zusammen ohne Erfolgsgarantie. Vereinigend ist nur das gemeinsame Vertrauen in die Institution und deren handelnde Personen. Letztlich ein Stück abgemildertes Unternehmertum.

Sie ermitteln für den Zeitraum bis 2011 einen „Fehlbetrag“ von ca. 8 Mio € (wir alle wissen um die kleine Irrung von ca. 20 Mio €) und folgern daraus:

„ ... Die unstreitig vorhandenen Aktivitäten des Vorstandes und des Aufsichtsrates zur Konsolidierung hatten offensichtlich nicht den erwarteten Erfolg. Der Lagebericht des Vorstandes setzt auf das Prinzip Hoffnung...“

B. Berwald, 02. August, Anschreiben an alle Vertreter der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung e.G.

Ich kann mir beim besten Willen nicht erklären was ein qualifizierter Jurist mit „Fehlbetrag“ meint, der zwar umgangssprachlich üblich, aber darüber hinaus nicht definiert oder kaufmännisch belastbar ist. Ihnen liegen die Bilanzen vor. Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Summe der Ergebnisse aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit und sonstiger Effekte zu einer die Genossenschaft gefährdenden Situation führt, sagen Sie es genau so deutlich und Benennen Sie in diesem Zusammenhang die entsprechenden Positionen in den Bilanzen.

Sie als Rechtsanwalt mit Engagement für den Zentralkonsum, für Ihre eigenen Genossenschaftsanteile an der KG Berlin e.G. und als natürliche Person, können doch bei begründetem Verdacht der Zahlungsunfähigkeit, oder anhaltender Erfolglosigkeit ohne positive Zukunftsprog-

nose, selbst aktiven Kontakt zum Amtsgericht herstellen. Im sich daraus ergebenden Verfahren ließen sich alle Ihre Fragen neutral klären. Als Jurist wissen Sie drum, aber Sie tun es nicht.

Um das Verantwortungsbewusstsein der Empfänger Ihrer Schriftsätze zu stressen, führen Sie weiter aus:

„ ... Daneben besteht eine gesetzliche Pflicht jedes Vertreters, sich die notwendigen Kenntnisse und Informationen zu verschaffen. Verletzt der Vertreter die ihm obliegenden Pflichten ...“

B. Berwald, 02. August, Anschreiben an alle Vertreter der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung e.G.

Wenn Sie Ihre Sichtweise und Kenntnisse und Fähigkeiten ernst nehmen und Ihr Grundinteresse in der Schutzwürdigkeit des Kapitals der Genossenschaft besteht, müssten Sie handeln und Ihre Pflichten als Vertreter ausüben. Denn Sie geben dem Geschäftsbetrieb des Konsum Berlin eine schlechte Zukunftsprognose, ohne Wahrscheinlichkeit auf eine Besserung. Sie haben ganz offensichtlich andere Ziele. Sie schätzen Ihre Chancen in einem solchen Fall sehr viel realistischer ein, als es aus Ihren Zeilen hervor geht.

An keiner Stelle Ihrer diversen Anschreiben beschäftigen Sie sich mit dem Tagesgeschäft der Genossenschaft und somit mit der Quelle und dem Wesen des Unternehmenserfolges und dem inhaltlichen Zweck unseres Bündnisses. Kein Wort zu den Themen des Geschäftsmodells, den Chancen und Risiken am Markt, oder den wirtschaftlichen Potentialen einzelner Geschäftsfelder. Sie suchen auch nicht einen Benchmark mit vergleichbarer Unternehmen, um Objektivität in Ihre Bewertung zu bekommen.

Sie stellen keine dezidierten Fragen nach z.B. einem Mietspiegel, einer Portfolioanalyse der Immobilien, Umsatzrendite oder nach dem ROI des eingesetzten Kapitals, der Cash-to-cash-cycle-time, der Entwicklung der Eigenkapitalquote, nach einer DB Rechnung auf Basis einer KER, nach einer Zertifizierung der Tätigkeiten des Vorstandes und des Aufsichtsrates durch neutrale Dritte, oder nach der sich drängenden Frage, warum eine Konsumgenossenschaft kein eigenes Geschäft, im Sinnes eines Grundhandelsgewerbes, betreibt.

Sie fragen auch nicht nach den direkt beeinflussbaren Kosten und deren Treibern, als aktiver und direkter Einflussfaktor auf den Geschäftserfolg, wie z.B. Umsatzentwicklung, Personalkosten, Afa relevante Investitionen, gebildete/aufgelöste Rückstellungen, Kosten für eigene Mieten, Energie, externe und oder interne Abrechnungen usw. usw.

Im Gegenteil, sie bleiben in einer Art und Weise fragmentiert an der Oberfläche der Themen, die sich nur über zwei mögliche Antworten erklären lassen:

- a. Pränatale Ausprägung der Kompetenzbereiche Business Development, Betriebswirtschaft, Controlling, Personalverantwortung, Kommunikationsmanagement oder Unternehmensführung

oder

- b. Vorsatz

Die Differenzierung, ob Ihre Schreiben mehr a. oder b. sind ist schwierig. Sie sind einerseits Rechtsanwalt und man erwartet somit wenig a., aber andererseits erkennt man an den geschriebenen Zeilen auch die Professionalität des Autors. Und Fakt ist, dass die Art und Weise Ihrer Kommunikation und unternehmenspolitisch analytischen Fähigkeiten ein hohes Maß a. offenbart, obwohl Sie sehr wahrscheinlich sehr viel b. wollen.

Herr Berwald, ich hoffe Sie ein wenig zu erreichen und auf eine geistige Reise mitnehmen zu können. Ein Mensch in Ihrer Altersstruktur kann sehr gut einschätzen, welche Wertigkeit im Informationsaustausch, zum Zweck einer effektiven Problemlösung, ein Mensch mit so wenig Authentizität hat wie Sie. Sie haben sicher ein Gefühl dafür, dass es eben jenes Maß an Kompetenz

ist, welches Sie ausstrahlen, verbunden mit Ihrem Kommunikationsverhalten, das die Quelle jeglicher Situationskomik darstellt, die abendfüllende Aktivitäten in der Kulturszene treibt, mit der sich arbeitende Menschen vom Stress des Alltags ablenken, indem sie ihre Lachmuskeln strapazieren.

Bitte unterlassen Sie in Zukunft das Versenden von derartigen „Brandbriefen“, mit denen Sie im Vorfeld bereits die Qualifikation des Adressaten verneinen, den Vorstand der Konsumgenossenschaft Berlin e.G. „Unseriösität“ und Inkompetenz unterstellen und dem Aufsichtsrat, nebst allen Vertretern in der VV Pflichtverletzung vorwerfen und zeitgleich Nachhilfeunterricht erteilen. Eine Mitgliedschaft in einer Genossenschaft ist freiwillig, wenn Sie sich nicht wohl fühlen, wer hält Sie?

Sollten Sie glauben, dass sich mit Ihnen in Person im Aufsichtsrat die Dinge zum Guten stellen, haben Sie noch nie in Zeiten von Basel III mit einer Bank über eine Kreditlinie für eine Unternehmen ohne nennenswerte Sicherheiten verhandelt.

Ich bin mir absolut sicher, dass der Vorstand, Aufsichtsrat und die finanzierenden Banken konstruktiv kritischen Vorschlägen zur Verbesserung der Ergebnissituation und Ertragslage der Genossenschaft gegenüber offen sind.

Ganz offensichtlich sind Ihre Fähigkeiten betriebswirtschaftliche Sachverhalte zu greifen weniger ausgeprägt, als die bei der kritischen Würdigung arbeitsrechtlicher Implikationen oder von Arbeitnehmer- und anderer Mitbestimmungsrechten. Im Zentrum Ihrer Talente stehen offensichtlich nicht Wege und Mittel zu finden, das Kapital der Genossenschaft zu mehren und mittelbar somit auch das der Genossenschafter und den Gläubigern der Genossenschaft. Eine Reorganisation des Aufsichtsrates allein, löst kein Problem. Ihr Verhalten assoziiert lediglich an einen rotbäckigen kleinen Jungen im weissen Hemd und Lederhosen, der fingerschnipsend im Klassenraum einer ländlich geprägten Schuleinrichtung sitzt und um die Gunst des Lehrers buhlt, genau in dem Augenblick, da Dieser ein Frage an einen Mitschüler stellt.

Es ist Ihnen aber auch gedanklich an einigen Stellen zuzustimmen. Die Frage nach präzisen Antworten darauf, wie und was unternimmt der Vorstand, um einen Return des negativen Geschäftsverlaufes der letzten 3 Jahre zu erreichen, ist sicher mit einem kaufmännisch belastbaren Plan zu unterlegen. Auch ist die Frage zu beantworten, warum der Konsum Berlin an der Traffic des genossenschaftlich organisierten Geschäftsumfeldes nicht gleichermaßen partizipiert. Die Fragen eines professionellen Risiko-, Portfolio- und Liquiditätsmanagements ist für mich noch nicht in „trockenen“ Tüchern. Ebenso wie die monetäre Anbindung des Vorstandes und des Aufsichtsrates an den kurzfristigen Geschäftsgang. Es bedarf zusätzlich einer belastbaren Planung hinsichtlich der Reduzierung des Risikos aus der Dominanz ggf. ertragsschwacher Retail Facilities im Foodsegment, ohne gleichzeitige Umsatz- und Ertragsdegression.

Trotzdem ist dem Vorstand und dem Aufsichtsrats jede Unterstützung zu gewähren und ihm das Vertrauen auszusprechen. Ihr wiederholtes Verhalten hingegen, ist in meinen Augen bei weitem mehr als nur kritikwürdig. Die Genossenschaft muss sich die Frage stellen dürfen, ob Sie Herr Berwald, noch zu Ihr passen. Sie haben seit Jahren Probleme mit der Genossenschaft, dies begleiten Sie darüber hinaus gerichtlich. Sie werfen global allen handelnden Personen ein unzureichend ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein vor. Ob der Vorstand gegen Sie wegen Ruf- und oder Geschäftsschädigung vorgeht, ist ihm überlassen.

Die Frage ist, wessen Interessen Sie glauben zu vertreten, die der Genossenschaft des KONSUM BERLIN und Umgehend e.G. sind es in jedem Falle nicht.

mit freundlicher Hochachtung

Kamen Yves Pawloff

